

## **Protokoll der ersten außerordentlichen Sitzung des Studierendenparlaments am 22.11.2021**

### **Tagesordnung**

- 1. Begrüßung und Formalia**
- 2. Aussprache über das Semesterticket mit dem Kanzler Dr. Dilling**

**Protokollantin:** Anna Lambacher

### **Anwesende Mitglieder des Studierendenparlaments:**

Fachschaftsvertretungen:

- Pia Wiesinger FS Philo
- Cora Haderlein FS Jura
- Kassian Köck FSinfo
- Philipp Thorwirth FS WiWi

Grüne Hochschulgruppe (GHG):

- Juri Biswas
- Sarah Kugelmann
- Marisa Marte
- Lara Held
- Jonas Michalczyk
- Lara Reidelbach
- Anna Lambacher

Juso Hochschulgruppe (Juso HSG):

- Florian Heinz
- Lukas Kick
- Naomi Bielicki (per Zoom)

Liberale Hochschulgruppe (LHG):

- Kilian Münster

LUKSDS:

- Tatjana Reit

Ring Christlich-Demokratischer Studenten:

- Amelie Gräfin zu Waldburg Wolfegg
- Domokos Kovács
- Michael Harraeus

### **Stimmrechtsübertragungen:**

David Winter auf Philipp Thorwirth  
Valentin Senner auf Jonas Michalczyk  
Lionel Njoya auf Michael Harraeus  
Naomi Bielicki auf Tatjana Reit (22:00)

**Beginn:** 20:01

**Ende:** 22:11

(Abstimmungsergebnisse wie folgt dargestellt: Ja – Nein – Enthaltung)

### **TOP 1: Begrüßung und Formalia**

- Domokos stellt Antrag, dass Sonstiges auf TO aufgenommen wird
- Beschluss: Einstimmig angenommen
- Persönliche Stellungnahme RCDS und Antrag auf Protokolländerung bezüglich der Aussage während der Wahl eines AStA Mitglieds zur Thematik Linksextremismus
- Weitergabe an Rechtsabteilung, Abstimmung in nächster Sitzung
- Beschluss: 17-1-3

### **TOP 2: Aussprache über das Semesterticket mit dem Kanzler Dr. Dilling**

- Frau Frammelsberger/ Geschäftsführerin des Studentenwerk Niederbayern/Oberpfalz: Anfang WiSe neue Vereinbarung abschließen, sofortige Kontaktaufnahme, Geschäftsführer Horn mit Aufsichtsrat Angebot abstimmen, Angebot kam nicht, erst letzten Donnerstag, 25 € für das SoSe 2022, Beschlussvorlagen schon versandt, heute vorsorglich ans Staatsministerium versandt, damit es bis Mitte Dezember steht, Wunsch für Verhandlung auf drei Jahre wie in Regensburg, Angebot eingeholt, ans Studierendenwerk gewandt, danach Gespräch, jetzt keine Zeit mehr dafür
- Herr Dr. Dilling: Semesterbeiträge zentral eingezogen, Kosten müssen rechtzeitig kommuniziert werden, Rückmeldung Ende November, dafür genauer Preis erforderlich, 700.000 Euro für Stadtwerke
- Zwei Alternativen: Zustimmung zu der Preiserhöhung oder Ablehnung des Angebots
- Nachfrage: Legitimierte Preiserhöhung? Gibt es danach weitere Preiserhöhungen?
- Staatsministerium muss aktuelle Entwicklungen auch im Semesterticket einpreisen, in Passau nicht einfrierbar, da es nur um den städtischen Busverkehr geht, Prognose leider nicht aufstellbar
- Rechtsgrundlage des StuPas? Inwieweit wiegt Stimme?
- Gesetz sieht als Vertragspartner das Studentenwerk vor, Studierende nicht Vertragspartner in Bayern, theoretisch wird Zustimmung des StuPas nicht gebraucht
- Nachfrage: Ist es zeitlich machbar Anpassungen zu fordern?
- Nein, da Staatsministerium jetzt Regierung Niederbayern schreibt, da der Vertrag ist schon losgeschickt
- Vorschlag: Zustimmung soll erfolgen, da diejenigen nicht im Stich lassen, die darauf angewiesen sind; Zustimmung nur wenn Busverbindungen besser angepasst werden, Verhandlungsbasis Ja mit Voraussetzungen
- Was kann man tun, solche Situationen in Zukunft zu verhindern?
- Stadtwerke müssen im Aufsichtsrat beschließen, Universität in Warteposition, kein Einfluss möglich
- Vorschlag über öffentliche Kanäle Druck erhöhen
- Telefonat mit Stadtwerken, : es geht nur um das nächste Semester, keine Info wann der Rat getagt hat, Preissteigerung weil Ölpreise steigen, Ersatzteile teurer und Tarife, keine Preissteigerung bei anderen Tickets, Kosten auf Studierende überwält
- Neuer Vorschlag: Förmlicher Prozess nicht nutzen, sondern Richtigstellung, dass die Kommunikation so nicht funktioniert, Zustimmung mit Betonung diesen
- Vorschlag offener Brief an die PNP

- Vorschlag nicht zustimmen, da intransparenter Umgang und alles auf Kosten der Studierenden läuft, da große Menge an Umsatz kommen die Stadtwerke eventuell mit neuem Angebot
- Gibt es Möglichkeiten ein Solidaritätsticket zu finanzieren für alle, die sich das nicht leisten können?
- Leider nein, da unzureichende Hausmittel; Topf der Universitätstiftung maximal genutzt aufgrund der Corona Pandemie
- Administrativ gesehen nicht möglich, alle Studierenden einen kleinen Betrag einzusammeln, um das zu finanzieren und würde vermutlich nicht reichen
- Für den Prozess ist exakter Betrag erforderlich
- Viele Studierende darauf angewiesen, aber Umgang der Stadt Passau mit der Universität und der Studierenden nicht in Ordnung, ebenso die Verhandlungen der Stadtwerke, als Studierendenvertretung muss das StuPa ein Signal senden vor allem auf lange Frist gesehen, gab viele konstruktive Ideen, aber keine Möglichkeit die in den Verhandlungen einfließen zu lassen, ebenso sind 25 Euro gesetzt für die neuen Verhandlungen, gibt weiter deutliche Preissteigerung weit über Inflation, Vorschlag auf harte Linie und dann Nachbesserungen mit Versuch Solidaritätsfond
- Wichtig Signal zu senden, aber können Studierende nicht hängen lassen
- Nachfrage: Zustimmung, aber Nachverhandlungen und dann Betrag verrechnen?
- Nein, da Vertrag Grundlage Satzung ist und der muss genehmigt werden, pro Monat Preis von 4,17 runtergerechnet, gibt viele Vorbehalte dagegen, da andere Tickets deutlich teurer werden, Studierende werden damit bevorzugt, de facto auch viele Nichtnutzer, aber das nicht präsent, schwache Argumentationsgrundlage in der Öffentlichkeit da 4,17 im Monat da Ausbildungskarte 32,50 im Monat
- Wenn Nein, steigen dann andere Tickets, weil viel Umsatz wegfällt?
- Spart viel Arbeit und Kosten für Stadtwerke, wenn keine Vereinbarung tragen die Stadtwerke die Umsetzung der Tickets selbst, haben die Verwaltungsaufwendungen vermutlich nicht
- Argument, dass viele Studierende in dem letzten Semester nicht da waren, inwieweit benutzbar?
- Einige Studenten wohnen außerhalb, sind darauf angewiesen, nicht pokern auf Kosten derer
- Haben noch ein halbes Jahr, um darauf hinzuwirken mit Öffentlichkeitsarbeit bei den nächsten Verhandlungen eventuell Preis beizubehalten bzw da was zu bewirken
- Sicherstellung, dass es nächstes Mal nicht mehr so läuft? Deswegen jetzt harte Linie fahren, ansonsten nächstes Mal noch mehr Preissteigerungen
- Studierende halten drei Euro auf Dauer aus, nicht kein Ticket mehr zu haben
- Wenn Zustimmung, dann geschlossen als Studierendenschaft in Aktion treten in Form von einem offenen Brief, Demonstrationen etc.
- Unterschied, dass im SoSe Ticket fehlt, als wenn im WiSe, drittes Mal dieselbe Diskussion und nichts ändert sich; für das WiSe Umfragen bei den Studierenden durchführen, um dann auf Datengrundlage zu debattieren
- Busangebot verschlechtert sich, vor allem in dem letzten Semester, lohnt sich nicht Bus zu fahren, rechtfertigt Preis Erhöhungen nicht
- Möglich 25 Euro festzuhalten für längere Zeit festzusetzen?
- Möglich, aber nicht für drei Jahre, Preiserhöhung immer für 1 Jahr festgehalten, danach drei Euro Erhöhung, Tarifabschlüsse als Begründung
- Weigl nimmt die Punkte in den Kreisverband? Mit
- Schwierig abzuschätzen, wie viele das betrifft
- Verhandlungsmacht ebenfalls schwer einschätzbar, dementsprechend das Risiko zu groß
- Beide Optionen sehr schlecht, geht nicht um Stolz sondern Studierenden seit Jahren systematisch von der Verhandlung ausgeschlossen, aber Verhalten der Stadt hat sich bisher nicht geändert, jetzt darauf bauen unsinnvoll

- Kompromiss: mit 22,50 in Verhandlung reingehen, wenn Stadt ablehnt, 25 Euro akzeptieren? Öffentlichkeitsarbeit in beiden Fällen
- Keine Zeit dafür, kann zwar vorgelegt werden, aber keine Sicherheit, dass die Stadtwerke dann antworten
- Frage nach Aktionen davor: Andauernde Konfrontation der Stadt ohne Auswirkungen
- Keine Zeit Druck zu machen, da bis das alles steht ist das Semester rum
- Setzt eventuell Zeichen, dass wir keinen großen Bedarf haben und dass die Preise dann noch mehr steigen
- Studierendenschaft übergehen nicht in Ordnung, Obergrenze beantragen bzw wenn Stadt in einem Semester keine Änderung zeigt, dann Reißleine ziehen, konnten Studierendenschaft nicht befragen
- Müssten Vollversammlung berufen
- Nicht möglich von Stadtwerken zu lösen, da die Studierende dann sowieso auf die angewiesen sind
- AStA: Gespräch mit Oberbürgermeister Dupper, hatte keinerlei Erfolg
- Müssen direkt weiter verhandeln, keine Zeit dazwischen, um groß Aktionen zu starten
- Frage, ob wir tatsächlich verhandeln können, da abhängig von Angebot
- Vorschlag: Vollversammlung einberufen, um generell Klarheit zu schaffen

**Antrag** auf zehnminütige Pause

**Beschluss:** Einstimmig angenommen

- **Antrag** Schluss Rednerliste
- **Beschluss:** einstimmig angenommen
- Abstimmung: Ja für Erhöhung und Nein gegen den neuen Preis
- **Antrag** geheime Abstimmung
- **Beschluss:** einstimmig angenommen
- Naomi überträgt Stimmrecht auf Tatjana ab 22:00 Uhr
- Dilling: Erhebung Verkehrsnutzung wird geplant
- **Beschluss Abstimmung:** 15 – 6 - 0

Weiteres Vorgehen: Vorbereiten von Anträgen diesbezüglich in den nächsten zwei ordentlichen Sitzungen

- Gründung Arbeitskreis für offenen Brief?
- Anregung einer Vollversammlung?
- Dagegen: Online findet es keine große Resonanz, sendet ein schlechtes Signal, wenn wenig Leute da sind
- Dafür: Online schaltet man leichter ein, in einem halben Jahr wieder Debatte, aber dann hat man diesmal Daten
- Müssen Studierende informieren, da es kaum einer auf dem Schirm hat
- Naomi ist wieder da
- Weitere Möglichkeit: Umfrage
- **Antrag:** AK Gründung
- **Beschluss:** Einstimmig dafür
- Verfahrensvorschlag: Interessenten melden sich bei Juri bis Donnerstag

**TOP 3: Sonstiges**

-